

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | September 2018 | Nummer 3



Chinesische Kontrolle und Überwachung

Tibetische Gemeinschaft in der Schweiz unter Druck

Dieses Wochenende besucht der Dalai Lama die Schweiz. Offiziell vom Bundesrat empfangen wird das geistliche Oberhaupt der Tibeterinnen und Tibeter jedoch nicht. Zu wichtig sind dafür die wirtschaftlichen Beziehungen zu China. Unter dem zunehmenden Einfluss Chinas leidet auch die tibetische Gemeinschaft in der Schweiz, wie die gemeinsame Kampagne der GfbV und tibetischen Organisationen zeigt.

Die menschenrechtliche Situation in Tibet ist prekär und hat sich unter Präsident Xi Jinping weiter verschlechtert. China will seinen Einfluss als Weltmacht geltend machen – mit unterschiedlichen Mitteln. Seien es Einschüchterungsversuche am UNO-Menschenrechtsrat, digitale Überwachungsaktivitäten

oder Infiltrierungen durch Spione: Auch die tibetische Gemeinschaft in der Schweiz steht im langen Schatten Chinas. Wie ein im März publizierter Bericht der GfbV aufzeigt, haben sich die Grundrechte von Tibeterinnen und Tibetern in der Schweiz während den letzten fünf Jahren zunehmend verschlechtert.

Menschenrechtsdialog - Resultate dürftig

So ist es zum Beispiel nicht immer möglich, sich frei zur dramatischen Situation in Tibet zu äussern. Kundgebungen und Veranstaltungen sind zunehmend mit Restriktionen verbunden und Überwachung, Cyberattacken und Einschüchterungen von Seiten Chinas nehmen zu. Die GfbV hat ihre Besorgnis den zuständigen Bundesbehörden mitgeteilt und verschiedene



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**

Gespräche geführt. Dabei kam zum Ausdruck, dass das EDA am Menschenrechtsdialog mit China festhält, obwohl die Ergebnisse eher dürftig sind. Angesichts der vorliegenden Machtverhältnisse ist die Frage nach der Wirksamkeit dieses Instruments gerechtfertigt. Nationalrätin Barbara Gysi forderte den Bundesrat deshalb dazu auf, die Ergebnisse dieses Dialoges mit China zu evaluieren. Der Bundesrat wollte jedoch nichts davon wissen: Damit der Dialog tatsächlich auch Wirkung zeige, müssten die Ergebnisse geheim bleiben, erklärte er. Dies ist von unserer Seite nur schwer nachvollziehbar.

Schweiz macht aus Tibetern Chinesen

Die Schweiz anerkennt in Ausweisen die tibetische Herkunft nicht mehr und führt nur noch «China» als Herkunftsland auf. Ausserdem ist es in den letzten Jahren für Tibeterninnen und Tibeter in der Schweiz schwieriger geworden, Reisedokumente zu erhalten. Personen, deren Antrag auf Reisepapiere abgelehnt wird, können das Land nicht mehr verlassen. Um diese Probleme anzugehen, wurde die GfbV bei Bundesrätin Simonetta Sommaruga vorstellig. Daraufhin fand ein Treffen mit Mario Gattiker vom Staatssekretariat für Migration statt, wo Lösungsansätze diskutiert wurden, an deren Umsetzung die GfbV hartnäckig dran bleibt.

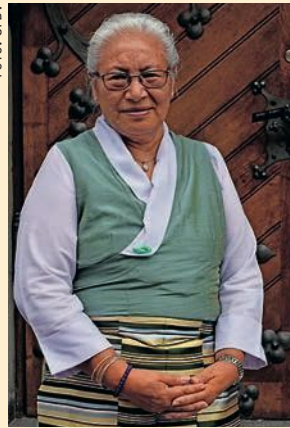
Überwachung und Einflussnahme

Im Frühsommer organisierte die GfbV eine Podiumsdiskussion zum Thema Überwachung und Einflussnahme durch die chinesische Botschaft. Rund 80 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, bei der Expertinnen und Experten Handlungsansätze diskutierten. Der Tessiner Rechtsanwalt Paolo Bernasconi warnte vor der wachsenden Macht und Einflussnahme Chinas: «Ich fühle mich auch als Schweizer von China bedroht.» Nationalrätin Barbara Gysi machte klar, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich für Tibet engagieren, unter Chinas Beobachtung stehen: «Wird die Situation in Tibet thematisiert, muss mit direkten und indirekten Reaktionen der chinesischen Botschaft gerechnet werden. Das ist inakzeptabel.» Die Politikwissenschaftlerin Palmo Brunner machte jedoch deutlich: «Wir dürfen keinen voreiligen Gehorsam leisten und keine Selbstzensur durchführen. Wir müssen uns trauen, uns aktiv für Tibet einzusetzen.»

Es ist davon auszugehen, dass die Überwachung der tibetischen Gemeinschaft rund um den Besuch des Dalai Lama vom 21. bis zum 24. September zunimmt. Um künftig die Sicherheit im digitalen Bereich zu gewährleisten, organisiert die GfbV einen Workshop für Tibet-Organisationen, worin mit IT-Expertinnen und Experten Massnahmen für den konkreten Schutz vor Cyberattacken erarbeitet werden.

Text: **Angela Mattli** GfbV-Kampagnenleiterin Minderheiten und Diskriminierung und **Dominic Blumenthal** GfbV-Praktikant Kampagnen

FOTO: GFBV



Interview mit **PEMA LAMDARK**

«Die freie Meinungsäusserung darf nicht zum Handelsgut werden.»

Pema Lamdark ist Präsidentin der tibetischen Frauen-Organisation in der Schweiz und hat die aktuelle Tibet-Kampagne mitlanciert. Sechs Monate nach Kampagnenstart blickt sie auf erste Erkenntnisse zurück.

Pema Lamdark, Du engagierst dich seit Jahrzehnten für die Anliegen der tibetischen Gemeinschaft. Als Präsidentin der tibetischen Frauen-Organisation in der Schweiz hast du zusammen mit der GfbV die Kampagne «Rechte für Tibeterninnen und Tibeter – auch in der Schweiz!» mit lanciert. Wie kam es dazu?

Die Annexion Tibets durch China wird mir immer im Gedächtnis gespeichert bleiben. So stark emotional geprägte Erlebnisse vergisst man nicht, auch wenn man noch ein Kind ist. Im Alter von achteinhalb Jahren musste ich miterleben, wie China unser Land wegnahm. Unsere Familie war selbstversorgend, wir lebten hauptsächlich von der Viehzucht und dem Ackerbau. Ohne unser Land hatten wir keine Lebensgrundlage mehr. Als meinem Vater dann auch noch eine Gefangennahme bevorstand, flüchteten wir übers Gletschergebirge nach Bhutan, von dort aus nach Indien und schliesslich in die Schweiz. Seither war es mir immer ein Anliegen, so viel wie möglich über unsere Situation zu sprechen und Leute zu informieren. Denn die Situation unseres Volks in Tibet wie auch an verschiedenen Orten im Exil ist äusserst prekär.

Die Schweiz hat seit über 60 Jahren eine Sonderbeziehung zu Tibet. Als erstes Land in Europa nahm sie tibetische Flüchtlinge auf. Die grösste tibetische Gemeinschaft in Europa befindet sich in der Schweiz. Du bist in den 1960er-Jahren in die Schweiz gekommen. Wie ist deine persönliche Einschätzung dieser Sonderbeziehung?

In den 60er-Jahren wurde ich zusammen mit meiner Familie in der Schweiz mit offenen Armen empfangen. Wir erhielten einen blauen Ausweis, in dem «staatenlos» vermerkt war, vor 25 Jahren wurde ich dann eingebürgert. Das hat dazu geführt, dass ich die Schweiz als zweite Heimat betrachte, ich bin ihr sehr dankbar.

In den letzten fünf Jahren, seit die Schweiz das Freihandelsabkommen mit China abschloss, hat sich die Situation leider verändert. Die Schweiz anerkennt in Ausweisen die tibetische Herkunft nicht mehr und führt nur noch «China» als Herkunftsland auf. Zudem wird es vermehrt schwierig, sich zur Menschenrechtssituation in Tibet zu äussern. Es



Editorial

gibt viele Beispiele von Einschränkungen bei Kundgebungen und anderen Tibet-Veranstaltungen. Dabei steht die freie Meinungsäusserung doch in unserer Schweizer Verfassung niedergeschrieben. Aber das scheinen wegen der Handelsbeziehungen zu China Viele vergessen zu haben.

Nun ist die Kampagne bereits seit sechs Monaten am Laufen. Wie schätzt du die Kampagne und ihre bisherige Wirkung ein?

Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz sind sicher wacher geworden. Gerade die Petition führte dazu, dass viele Personen aktiv wurden, mit den Unterschriftenbögen auf die Strasse gingen und Menschen zu informieren begannen. Das ist wichtig, denn viele Leute, die nicht direkt betroffen sind, wissen gar nicht was da passiert und beginnen sich erst während solchen persönlichen Gesprächen dafür zu interessieren.

Interview: **Nicole Gisler** GfbV-Praktikantin Kommunikation



PEMA LAMDARK

Die ersten Jahre ihres Lebens verbrachte Pema Lamdark in Yari, einem kleinen Dorf im Süden von Tibet. Nach der Annexion durch die Volksrepublik China flüchtete sie mit ihren Eltern zuerst nach Bhutan. Von dort aus wurde die Familie in ein Auffanglager für Geflüchtete nach Indien gebracht. Bald schon reiste die Familie nach Nordindien, wo Pema in die Schule ging, während ihre Eltern im Strassenbau Arbeit fanden. Mithilfe eines Kontingents der Schweizer Regierung konnten Pema und ihre Familie 1963 in die Schweiz kommen. Hier schloss Pema die Schule ab und liess sich nach einem Bäuerinnenhaushaltsjahr zur Lebensmittelverkäuferin ausbilden. Später machte sie noch eine Ausbildung zur Papeteristin sowie Dolmetscherin. Seit drei Jahren ist sie pensioniert und seit Februar 2017 bereits zum zweiten Mal als Präsidentin der tibetischen Frauen-Organisation in der Schweiz aktiv.

Einschüchterungsversuche am UNO-Menschenrechtsrat, digitale Überwachungsaktivitäten oder Infiltrierungen durch Spione: Auch die tibetische Gemeinschaft in der Schweiz steht im langen Schatten Chinas. Fünf Jahre, nachdem die Schweiz das Freihandelsabkommen mit China unterzeichnete, haben sich die Grundrechte von Tibeterinnen und Tibetern in der Schweiz verschlechtert. «Dabei steht die freie Meinungsäusserung doch in unserer Schweizer Verfassung niedergeschrieben. Aber das scheinen wegen der Handelsbeziehungen zu China viele vergessen zu haben», sagt die Aktivistin Pema Lamdark dazu im Interview ab Seite 2.

Pünktlich zu Beginn der Herbstsession wurde vor kurzem die Petition «Grundrechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen – auch in der Schweiz!» eingereicht. Mehr zur Petition und der laufenden Tibet-Kampagne erfahren Sie in dieser Voice-Ausgabe ab Seite 1.

Im Juni entschied indessen der Schweizer Bundesrat, das Gesuch um Anerkennung der Roma als nationale Minderheit im Rahmen der Minderheitenkonvention des Europarates abzulehnen. Die GfbV kritisiert diesen Entscheid scharf und erklärt im Artikel auf Seite 6, warum die Gründe, die der Bundesrat dafür geltend macht, aus ihrer Sicht politischer Natur sind.

Jahrelang hielt die sri-lankische Marine die kleine Insel Iranaitivu besetzt. Vor über einem Jahr begannen die ehemaligen Einwohnerinnen und Einwohner, unterstützt von der GfbV, für die Rückgabe ihres Landes zu kämpfen. Mitte Mai gab ihnen die Marine Iranaitivu zurück. Im Artikel auf Seite 7 erzählt eine Aktivistin, wie sich die Rückkehr auf ihre Insel gestaltet.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Angela Mattli Kampagnenleiterin Minderheiten und Diskriminierung, GfbV

PETITION EINGEREICHT

Pünktlich zu Beginn der Herbstsession wurde die Petition «Grundrechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen – auch in der Schweiz!» eingereicht. Bis zum Redaktionsschluss haben über 11 000 Personen die Petition unterschrieben. Nun liegt es an Behörden und Politik, tätig zu werden und die Rechte der tibetischen Gemeinschaft zu schützen.

www.gfbv.ch/de/kampagnen/rechte-fuer-tibeter/

IMPRESSUM

VOICE 3, September 2018 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Redaktion: Dominique Schärer, Nicole Gisler **Layout:** Tania Brügger Márquez
Mitarbeit an dieser Nummer: Angela Mattli, Dominic Blumenthal, Nicole Gisler, Yves Bowie **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr
Titelbildfoto: Franziska Rothenbühler

«Rechte für Tibeterinnen und Tibeter - auch in der Schweiz!»

PROBLEME



Herkunftsbezeichnung und Bewegungsfreiheit

In den letzten Jahren ist es für Tibeterinnen und Tibeter auch in der Schweiz schwieriger geworden, Reisedokumente zu erhalten. Personen, deren Antrag auf Reisepapiere von den chinesischen Behörden verweigert oder abgelehnt wird, können die Schweiz nicht verlassen. Zudem ist seit 2014 die Bezeichnung «Tibet» in Ausweisen vom Staatssekretariat für Migration nicht mehr anerkannt, als Herkunftsland kann nur noch «China (Volksrepublik)» aufgeführt werden.



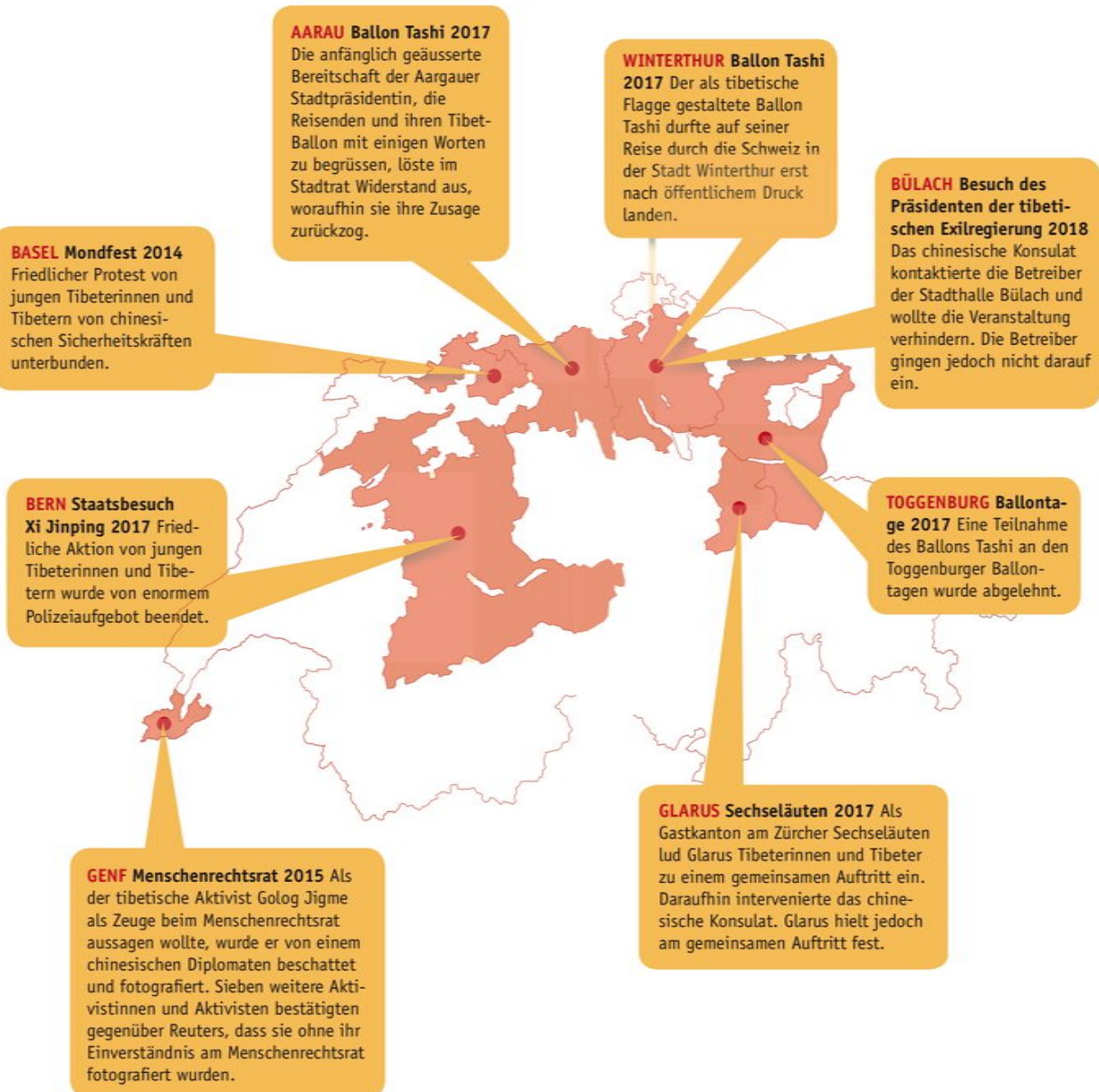
Überwachung und Kontrolle

Chinesische Behörden versuchen immer wieder, tibetische Aktivistinnen und Aktivisten in der Schweiz zu überwachen und einzuschüchtern. Die Kontrolle geschieht aber auch auf digitalem Weg. So wurde die tibetische Gemeinschaft in der Schweiz regelmässig Opfer von Cyberattacken. Diese verstärkte Überwachung wird auch vom Nachrichtendienst des Bundes bestätigt.



Freie Meinungsäusserung

Es ist in der Schweiz nicht immer möglich, sich frei zur Menschenrechtssituation in Tibet zu äussern. Kundgebungen und Veranstaltungen sind mit zunehmenden Restriktionen verbunden. Verschiedene tibetische Kundgebungen wurden in der Vergangenheit gewaltsam beendet.



FORDERUNGEN

Die GfbV und Tibet-Organisationen fordern im Rahmen der Kampagne «Rechte für Tibeterinnen und Tibeter - auch in der Schweiz!»:

- dass sich die Schweiz international und gegenüber China proaktiv dafür einsetzt, dass die Menschenrechte in Tibet eingehalten und die Kultur und Sprache der Tibeterinnen und Tibeter geschützt werden
- dass Seine Heiligkeit der Dalai Lama bei seinem nächsten Besuch in der Schweiz vom Bundesrat offiziell empfangen wird
- die Auswirkungen des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China in Bezug auf die Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte zu evaluieren und die Ergebnisse in einem Bericht zu veröffentlichen
- dass die Meinungsäusserungsfreiheit zur Situation in Tibet in der Schweiz uneingeschränkt gewährleistet wird
- dass Alternativen zur Herkunftsbezeichnung «China» in den Ausweisen gefunden werden
- dass sich die Schweiz für die Einhaltung der Bewegungsfreiheit stark macht, indem sie die Schutzbedürftigkeit anerkennt und den betroffenen Personen einen Reisepass ausstellt
- dass die Schweiz konkrete Massnahmen zum Schutz vor Überwachung und für die Einhaltung der Privatsphäre von Tibeterinnen und Tibetern in der Schweiz ergreift und bei Bedarf bei den chinesischen Behörden interveniert.